

Protokoll Nr. 31 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Donnerstag, 26.06.2025
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:57 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Renken, Bernd

SPD-Fraktion

Rehling, Gertrud
Stomberg, Holger
Strelow, Gregor

für Harald Hemken

CDU-Fraktion

Hegewald, Reinhard
Ohling, Albert

für Gerold Verlee

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Borchers, Sebastian

FDP-Fraktion

Busch, Friedrich

für Erich Bolinius

GfE-Fraktion

Janssen, Bernd

Fraktion DIE LINKE.

Luitjens, Stefan

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

von der Verwaltung

Jakobs-Valentin, Stefan
Sommer, Michael
Schröder, Christine

Protokollführung

Klaaßen, Celina

Protokoll Nr. 31 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 26.06.2025

Öffentlicher Teil

TOP 1 Feststellung der Tagesordnung

Herr Renken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung werden festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 3 Standardberichtswesen zum 31.05.2025
Vorlage: 18/1673

Frau Schröder stellt das Standardberichtswesen zum 31.05.2025 anhand der Anlage 1 zur Vorlage vor.

Herr Renken bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Strelow bedankt sich für die ausführliche Darstellung der Zahlen. Die Abweichung von 83.000 € spiele seiner Ansicht nach kaum eine Rolle, dennoch zeigten die Kennzahlen die schwierige Lage der Kommunen, die fast alle zahlungsunfähig seien. Er unterstreicht, dass Bund und Land zusätzliche Mittel bereitstellen müssten, da die Stadt die Fehlbeträge nicht durch Steuern ausgleichen könne. Wichtig sei dabei das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, muss bezahlen“), das nicht konsequent umgesetzt werde. Positiv sei der Anstieg der Gewerbesteuern, insgesamt aber sei die finanzielle Lage mit wachsenden Defiziten sehr besorgniserregend. Ohne Unterstützung von Bund und Land könne die Stadt ihre Schulden nicht abbauen.

Herr Hegewald stimmt Herrn Strelow inhaltlich zu, kritisiert jedoch die ständige Wiederholung der bekannten Problematik. Es gebe kein Erkenntnis-, sondern ein Handlungsdefizit. Hilfe könne nur von Bund und Land kommen. Dabei verweist er darauf, dass die SPD seit Jahren in Niedersachsen mitregiere und auch auf Bundesebene Abgeordnete habe, die diese Anliegen aufnehmen könnten. Ebenso seien die Grünen als Regierungspartei in Niedersachsen in der Verantwortung.

Herr Jahnke erinnert an die letzte Ratssitzung, die er persönlich wegen des Umgangstons und der Ausdrucksweise als sehr problematisch empfand, und betont, dass ein respektvoller Umgang im Rat wichtig sei. Er mahnt zu Vorsicht bei Schuldzuweisungen zwischen Parteien, da sich Mehrheiten und politische Konstellationen ändern könnten.

Protokoll Nr. 31 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 26.06.2025

Er weist darauf hin, dass viele Kommunen gezwungen seien, die Grundsteuer zu erhöhen oder zusätzliche Abgaben wie die Übernachtungssteuer einzuführen, nicht aus Belieben, sondern weil Einnahmequellen fehlten. Die Soziallasten der Stadt seien extrem hoch, größtenteils Pflichtleistungen, sodass eine Konsolidierung von 41 Mio. € praktisch unmöglich sei.

Herr Jahnke betont, dass es für den Rat und die Kommune entscheidend sei, geschlossen aufzutreten und gemeinsam Druck auf Landes- und Bundespolitik auszuüben, damit Gelder gerechter verteilt und kommunale Aufgaben handlungsfähig finanziert werden könnten. Projekte wie Schulen, Kindergärten, Ganztagsbeschulung oder Förderprogramme wie das Startchancenprogramm könnten ohne diese Unterstützung nicht umgesetzt werden. Er kritisiert, dass bereits zugesagte Mittel oft nur verzögert oder unzureichend fließen würden, und fordert eine gezieltere und effizientere Verteilung der vorhandenen Mittel.

Abschließend appelliert er, weiterhin gemeinsam Maßnahmen zu entwickeln und diejenigen einzubeziehen, die auf Landes- und Bundesebene helfen könnten, um die kommunale Handlungsfähigkeit langfristig sicherzustellen.

Herr Renken weist darauf hin, dass das Land 600 Mio. € aus Haushaltsüberschüssen für investive Zwecke an die Kommunen verteilt habe. Dies sei ein wichtiger und begrüßenswerter Schritt, der Vorhaben ermögliche, die sonst nicht realisierbar wären.

Herr Busch äußert Unverständnis darüber, dass auf Bundesebene Milliarden für Corona-Hilfen und nun für Rüstungsausgaben verfügbar seien, während Kommunen dringend Unterstützung benötigten. Er kritisiert die politische Ausrichtung auf „Kriegstüchtigkeit“ und bezeichnet es als beschämend, dass hierfür Gelder bereitgestellt würden, während die Kommunen leer ausgingen.

Anschließend stellt **Frau Schröder** das Standardberichtswesen zum 31.05.2025 des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Emden anhand der Anlage 2 zur Vorlage vor.

Herr Renken bedankt sich für die Ausführungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 4 Konzernfinanzierung; Vorstellung neuer Rahmenbedingungen
Vorlage: 18/1676

Herr Sommer stellt die Neuregelungen der Konzernfinanzierung anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist [hier](#) einsehbar.

Herr Jahnke äußert, dass das ursprünglich vereinfachte Verfahren durch Einflussnahmen, unter anderem vom Landkreistag, wieder komplizierter geworden sei. Obwohl dies zusätzlichen Zeitaufwand bedeute, sei es kein großes Problem. Der Rat müsse nun jeden Konzernkredit einzeln beschließen und anzeigen, was zu Verzögerungen führe. Die städtischen Gesellschaften seien dafür sensibilisiert worden, rechtzeitig Bescheid zu geben.

Herr Renken bedankt sich für die Präsentation und fragt, welche Konsequenzen die neu eingeführte Beschränkung auf Aufgaben der Daseinsvorsorge habe und ob etwa Glasfaser darunterfalle oder ob es in anderen Bereichen zu Problemen kommen könne.

Herr Sommer erläutert, dass Konzernfinanzierungen künftig ausschließlich für Maßnahmen der kommunalen Daseinsvorsorge zulässig seien. Dazu zählten z. B. Stadtwerke, Wärmewende oder

Protokoll Nr. 31 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 26.06.2025

Telekommunikationsnetze. Problematisch sei hingegen zum Beispiel die frühere Finanzierung an die Zukunft Emden für die Produktionshallen, da diese nicht unter den Begriff der Daseinsvorsorge fielen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 5 Bericht Personalkosteneinsparung
Vorlage: 18/1679

Herr Jahnke stellt den Bericht der Personalkosteneinsparung anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist [hier](#) einsehbar.

Herr Renken bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Frau Rehling äußert, dass die vorgestellten Punkte wie die Zentralisierung von Beschaffung oder Reduzierung von Fehlzeiten bereits bekannt gewesen seien. Sie habe konkretere Maßnahmen erwartet und bittet weiter um Angaben zu den aktuell unbesetzten Stellen.

Herr Jahnke erklärt, dass aktuell etwa 40–45 Stellen unbesetzt seien und dass Herr Buß im Herbst die genauen Zahlen sowie eventuell eine Jahresbilanz nachreichen werde, um die Entwicklung zu verdeutlichen. Er betont, dass inzwischen eine Zeitschiene für Personalmaßnahmen erstellt worden sei, nachdem im letzten Halbjahr sowohl der Personalrat als auch die Mitarbeitenden informiert und die Maßnahmen im Intranet veröffentlicht wurden.

Für einen konsequenten Stellenabbau sei eine stringente Beschlussfassung des Verwaltungsvorstandes erforderlich, verbunden mit Druck auf die Fachdienstleiter, da freiwillige Einsparungen selten funktionierten. Seltene Ausnahmen, wie temporäre Verzicht auf Stellen im Fachdienst Finanzen, Abgaben und Stadtkasse, hätten bisher nur punktuell funktioniert, z. B. bei der Übernachtungssteuer. In vielen Bereichen, insbesondere bei freiwilligen Leistungen wie der Gemeinwesenarbeit, sei der Personalbestand eher gewachsen.

Positiv bewertet er, dass es nun eine klare Zeitleiste gibt, mit der die Fachdienstleiter anhand ausgewerteter Personallisten erkennen können, wer ausscheidet, und dies mit ihren Teams besprechen können. Herr Jahnke hebt hervor, dass dies nur erfolgreich sei, wenn der Verwaltungsvorstand den nötigen Druck ausübe. Insgesamt sei man an diesem Punkt schon einen Schritt weitergekommen, auch wenn nicht so schnell wie gewünscht. Herr Kruithoff habe den Auftrag an den Personalleiter klar formuliert, die Maßnahmen umzusetzen, und im zweiten Halbjahr sollen konkretere Entscheidungen zu wegfallenden Stellen getroffen werden.

Herr Strelow betont, dass Personalabbau ohne gleichzeitige Reduzierung von Aufgaben nicht möglich sei. Da Bund und Land eher zusätzliche Vorgaben machen, steige die Arbeitsbelastung stetig, was bereits zu Überlastungsanzeichen geführt habe. Prozessoptimierungen und Digitalisierung erforderten Zeit, Know-how und Unterstützung durch Führungskräfte sowie ein internes Kompetenzteam. Zudem müsse kritisch geprüft werden, ob freiwillige Leistungen angesichts der demografischen Entwicklung langfristig noch erbracht werden könnten.

Herr Hegewald begrüßt, dass die Vorgaben des Rates erfüllt werden können, merkt jedoch an, dass dies den Haushalt kaum konsolidiere, sondern nur einen kleinen – aber dennoch richtigen - Beitrag darstelle. Er regt an, Aufgaben wie Personalwesen interkommunal zu bündeln, um Kosten zu sparen, und hinterfragt, warum jede Stadt oder jeder Landkreis solche Aufgaben einzeln vorhalte, obwohl zentrale Lösungen möglich wären.

Protokoll Nr. 31 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 26.06.2025

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 6 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 7 Anfragen

Herr Janssen fragt, warum auf den Folien für 2025 eine Senkung der Hundesteuer um 15.000 € verzeichnet sei und ob dies mit Personalplanungen im Bereich Hundesteuer und Steuerwesen zusammenhänge. Er möchte wissen, ob die Anpassung auf tatsächliche Einnahmen zurückzuführen sei oder ob man zuvor zu hohe Einnahmenvorgaben für 2024 angenommen habe. Zudem interessierte ihn, ob die Veränderung auf einen tatsächlichen Rückgang von etwa 150 – 200 Hunden in der Stadt zurückzuführen sei.

Herr Jakobs erklärt, dass die Stellenausschreibung nicht mit der Senkung der Hundesteuer zusammenhänge. Die Abweichung sei auf normale Schwankungen im Aufgabenblock zurückzuführen, der Grundsteuer, Schmutz- und Regenwasser, Straßenreinigung sowie die Hundesteuer umfasse und von drei Mitarbeitenden bearbeitet werde. Derzeit liege man leicht unter dem Vorjahresergebnis, was sich in den kommenden Monaten wieder ändern könne, da saisonale Schwankungen wie vermehrte Hundeanmeldungen im Sommer und Herbst üblich seien.

Zukünftige Kontrollen und Hundebestandsaufnahmen seien geplant, um die Daten zu aktualisieren, was jedoch mit Personalaufwand verbunden sei. Dafür müssten Ressourcen freigesetzt werden, und das Team werde künftig entsprechende Maßnahmen durchführen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.